

### **Haushaltsrede 15.02.2023**

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Am 15. Dezember brachte der Bürgermeister Herr Siehr den Haushalt für das Jahr 2023 ein. Dieser Entwurf wies ein Defizit von rund 3 Mio. € für dieses Jahr aus. In den Folgejahren sieht es kaum besser aus, auch hier liegt das Minus zwischen 2 und 2,5 Mill. €. Der Bürgermeister sprach auch davon, dass es schmerzhaft für die Bevölkerung und das gesellschaftliche Leben werden würde. Ließ aber offen, wo und in welchem Umfang dies zum Tragen kommt. Ebenso unbeantwortet blieb die Frage wie und wo die Einnahmesituation verbessert werden soll, so darf sich ein Bürgermeister nicht vor der Verantwortung für seine Stadt und die Bürgerinnen und Bürger drücken.

Die Hessische Gemeindeordnung sieht vor, dass der Magistrat und an seiner Spitze der Bürgermeister einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegt.

Das ist bis heute noch nicht erfolgt, auch nicht im Rahmen der Sitzungen in diesem Jahr, bisher Fehlanzeige.

Ganz im Gegenteil mussten die ehrenamtlichen Stadtverordneten in mühevoller Kleinarbeit einzelne Haushaltsposten herausuchen und einen Antrag dazu stellen. Herr Siehr, dies wäre Ihre Aufgabe gewesen und das bereits vor Einbringung des Haushalts.

Gleichermaßen ist es Ihre Aufgabe sich um weitere Verbesserungen bei den Einnahmen zu bemühen. Hier ist in erster Linie die Gewerbesteuer zu nennen. Dazu haben die Freien Wähler bisher keine Initiative von Ihnen wahrgenommen Herr Siehr, dies wäre aber dringend erforderlich.

Den Begriff der Zeitenwende haben Sie in ihrer Haushaltsrede nur im Zusammenhang mit der Preisspirale und den Ausgaben verwendet.

Die Zeitenwende ist aber auch im Bereich der Einnahmen dringend überfällig, setzen Sie sich endlich an die Spitze dieser Initiative und bleiben Sie nicht untätig.

Bereits 2019 haben die Freien Wähler einen Antrag zur Ausweisung von neuen Gewerbeflächen eingebracht, um die Einnahmen der Stadt mittel- und langfristig zu verbessern. Vor dem Hintergrund der ausstehenden Investitionen war damals bereits klar, dass unsere Finanzmittel gerade so für den laufenden Betrieb reichen.

Wenn vergleichbare Städte wie Raunheim oder Kelsterbach 15 – 16 Mio. € Gewerbesteuer einnehmen, wird mehr als deutlich, wo wir mit unseren rund 6,5 Mio. € im Vergleich stehen. Aber auch eine kleine Gemeinde wie Biebesheim mit gerade mal 6.600 Einwohnern kommt im Vergleich auf 6 Mio. € Gewerbesteuer.

Da Sie selbst im Regionalverband sind, wissen Sie, dass es im Planungsprozess für Gewerbeflächen nicht zu spät ist.

Ohne eine echte Perspektive zur Stabilisierung, bzw. langfristige Absenkung der Grundsteuer B, werden die Freien Wähler keinem Haushalt zustimmen.

Ich möchte aber auch noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen. Die Kreis- und Schulumlage im Kreis Groß-Gerau. Hier lässt sich der Landrat Herr Will regelmäßig für die Schulbauinitiative feiern. Die Notwendigkeit von Schulen-Neubauten ist völlig unstrittig, nicht unstrittig ist dagegen die zertifizierte Passivhausbauweise. Diese kostet gegenüber deutlich günstigeren und annähernd gleich effizienten Bauweisen rund 10 Prozent mehr!

Bei einem geplanten Volumen von mind. 500 Mill. € für den Schulbau wird die Dimension von möglichen Einsparungen deutlich. Die Koalition im Kreis aus SPD, Grünen und Linken lässt das jedoch kalt, über die Umlage funktioniert es doch. Die Kommunen im Kreis stehen aber im Regen und müssen am Ende bezahlen, so wird Finanzpolitik auf dem Rücken der Städte und Gemeinden gemacht.

In diesem Kontext ein Kompliment an die lokale SPD und CDU, dass wir den Beschluss zur Aufhebung der Passivhausbauweise hier und heute in GiGu aufheben.

Die Prioritäten in den Investitionsbereichen Digitalisierung und Energieeinsparungen befürworten die Freien Wähler.

Ebenso wie den Neubau des Feuerwehr-Gebäudes am Standort Gustavsburg.

In diesem Gebäude sehen wir mögliche Synergien zur Verwirklichung eines Verwaltungsbereichs, um den Mitarbeitern angemessene und moderne Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin unterstützen wir die Prüfung für eine kostengünstigere und wirtschaftlichere Sport- und Kulturhalle, um weitere Entscheidungen treffen zu können. Aus diesem Grund haben wir auch den Antrag zur Generierung von öffentlichen Fördermitteln zur Umsetzung des Projekts gemeinsam mit der CDU und SPD gestellt. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Baukosten und Zinsen wird der Bau der Halle ohne ausreichende öffentliche Fördermittel kaum gelingen, dies muss uns bewusst sein.

Mit Verwunderung haben die Freien Wähler zur Kenntnis genommen, dass Sie Herr Bürgermeister die Ortsentlastungsstraße nicht in das Investitionsprogramm aufgenommen haben, obwohl es im Herbst des vergangenen Jahres zu diesem Projekt eine eindeutige Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gab. In ihrer Haushaltsrede sicherten Sie zu, dieses Projekt sachlich zu bearbeiten und nicht wie geschehen zu ignorieren.

Wer Mehrheiten für seinen Haushalt sucht muss geschickter vorgehen!

Die Fraktionen von CDU, FDP und Freie Wähler waren selbstverständlich nicht untätig und haben diesen Antrag wieder zeitnah eingebracht.

Da wir bereits damit gerechnet hatten, dass der Bürgermeister sich nicht in dem gebotenen

Maß für dieses Projekt einsetzt, trotz politischer Mehrheit, haben wir den Antrag in Punkt 2 aktualisiert, um die rechtlichen Interessen der Stadt Ginsheim-Gustavsburg in dem Verfahren zu wahren.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde weiterhin deutlich, dass wir im Bereich Katastrophenschutz erhebliche Defizite in unserer Stadt haben und das nicht erst seit gestern. Hier gilt es die dafür erforderliche technische Ausrüstung und Geräte, Notstromaggregate und alle zwingend erforderlichen Mittel zu beschaffen. Dies muss zeitnah und planvoll passieren und dafür ist außerdem eine entsprechende Stelle zu schaffen. Katastrophenschutzpläne aufstellen kann nun mal nicht jeder.

Wir geben der Verwaltung hier einen großen Vertrauensvorschuss für einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen Geldern und wenn wir weniger benötigen, ist das umso besser für unseren Haushalt.

An dieser Stelle dürfen wir tatsächlich nicht sparen, dies könnte uns alle am Ende teuer zu stehen kommen.

Die Bevölkerung kann von uns erwarten, dass wir alle erforderlichen Maßnahmen treffen und genau das tun wir mit diesem Antrag.

Zum Schluss möchte ich noch unseren Änderungsantrag zum Haushalt begründen.

Wir beantragen unter Punkt 1 den Haushaltsplan insgesamt mit allen Anlagen und Fortschreibungslisten an den Magistrat zurückzuweisen.

Gemäß §§ 66 i.V.m. 97 der hessischen Gemeindeordnung ist der Magistrat verpflichtet einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, das ist bisher nicht erfolgt.

Um einen strukturierten Konsolidierungsprozess des Haushaltes durchzuführen soll eine externe Beratung erfolgen.

Sobald ein genehmigungsfähiger Haushalt mit einem entsprechenden

Haushaltssicherungskonzept vorliegt, wird die AG Haushaltskonsolidierung einberufen.

Weiterhin wird der Magistrat aufgefordert, eine Liste mit den freiwilligen Leistungen

vorzulegen, um eine Darstellung von Art und Umfang möglicher Einsparungen zu erhalten. Ziel ist die Verabschiedung des Haushaltes in der Sitzung am 17. Mai.

Als Ergebnis der Beratungen zum Haushalt 2023 lehnen die Freien Wähler den vorliegenden, nicht genehmigungsfähigen Entwurf ab und verweisen auf den soeben erläuterten Antrag zur Zurückweisung an den Magistrat.

Rolf Leinz  
Fraktionsvorsitzender der  
Freien Wähler Ginsheim-Gustavsburg